

Caritas verliert Betreuungsauftrag

ASYLWESEN Der Kanton legt eine neue Strategie vor. Fortan will er Asylsuchende selber betreuen, bislang hatte er diese Aufgabe an die Caritas delegiert. Zudem sollen Asylsuchende nur noch in Zentren wohnen.

von David Koller

Während rund 20 Jahren betreute die Caritas Luzern die hiesigen Asylsuchenden. Jetzt verliert sie diesen Auftrag. Denn neu will der Kanton der Aufgabe in Eigenregie nachkommen. Diese Änderung ist Bestandteil der Asylstrategie 2016, die Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf am Mittwoch vorstellte. Das zweite Novum: Bislang arbeitete Luzern mit einem zweistufigen Modell. «Die ersten zwei bis sechs Monate verbringen neu ankommende Asylsuchende in einem kantonalen Zentrum», erklärte Graf. «Anschließend wechseln sie in eine Wohngemeinschaft oder Familienwohnung in einer Luzerner Gemeinde.» Neu wird ein mehrstufiges Zentrumskonzept umgesetzt. Dessen Ziel: Langfristig sollen Asylsuchende nicht mehr individuell in Wohnungen leben, sondern ausschliesslich in Zentren.

Die Reform ist eine Reaktion auf die Kritik des Kantonsrates an der Caritas. 2013 hatte das Parlament aus Wettbewerbsgründen gefordert, dass die Regierung den Betreuungsauftrag öffentlich ausschreibt. In diesem Kontext entschloss sich Guido Graf, das Asylwesen im Kanton grundlegend zu überdenken.

Kürzere Verfahren

Auch in Zukunft soll ausschliesslich der Kanton für Asylsuchende zuständig sein. «Aufgrund der Neustrukturierung auf Bundesebene wird sich deren Zahl in den Kantonen aber halbieren», erläuterte Graf. Zudem verkürze sich die Verfahrensdauer auf maximal sieben Monate. Deswegen will Luzern mittelfristig auf eine individuelle Unterbringung von Asylsuchenden in den Gemeinden verzichten. Dies aber auch, weil günstige Wohnungen derzeit ein knappes Gut sind.

Wie bisher sollen ankommende Asylsuchende in den ersten zwei bis sechs Monaten in einem Durchgangszentrum leben. Neu kommen Personen ohne abgeschlossenes Verfahren anschliessend aber in ein Aufenthaltszentrum, jene mit wenig Betreuungsbedarf in ein sogenanntes Minimalzentrum. In Letzteren gibt es nur während der Bürozeiten eine Aufsicht. Hier leben Personen, «die sich charakterlich dazu eignen», so der kantonale Asylkoordin



Künftig betreut der Kanton Asylsuchende in Eigenregie. Unser Bild: Die Notunterkunft in Dagmersellen. Foto Pascal Vogel

nator Ruedi Fahrni. Sprich: Unauffällige Asylsuchende. Um das mehrstufige Betreuungskonzept zu gewährleisten, baut Luzern seine Zentrumskapazität auf 400 bis 500 Plätze aus.

Kanton setzt Projekt Grosshof selber um

«Die angestrebte Kapazität erreichen wir mit den Zentren Grosshof, Emmen, Hirschkamp Luzern und Fischbach», sagte Guido Graf. Auf Anfrage des WB ergänzte Ruedi Fahrni, der Standort in Fischbach sei als Minimalzentrum angedacht. Hier gilt es aber vorerst, den hängigen Entscheid des Bundesgerichtes abzuwarten.

Im Rahmen der Reorganisation wurde auch das laufende Bauprojekt «Asylzentrum Grosshof» neu beurteilt. Aufgrund von Verzögerungen im Bauvergütungsverfahren gilt das im Jahr 2012 durch die Regierung beschlossene Notrecht nicht mehr. Deswegen muss das Vorhaben den üblichen kreditrechtlichen Bewilligungsprozess im Kantonsrat sowie eine öffentliche

Ausschreibung durchlaufen. «Die ursprünglichen Vorteile der Realisierung durch einen privaten Investor sind damit nicht mehr gegeben», so Guido Graf. Daher übernimmt der Kanton das Bauprojekt von der Genossenschaft Pandocheion. Die bisher aufgelaufenen Aufwendungen von 200'000 Franken entschädigt er ihr. Dies bedeute keinen Mehraufwand, sagte Graf. «Die Kosten wären auch dann angefallen, wenn wir das Projekt von Anfang an selber geführt hätten.» Das Zentrum Grosshof mit einer Sollkapazität von 120 Betten geht nach heutigem Wissensstand voraussichtlich Ende 2016 in Betrieb.

Caritas bedauert

Indem der Kanton Asylsuchende in Eigenregie betreut, könne er fortan flexibler auf Veränderungen reagieren, erklärte Guido Graf. Die Abkehr vom langjährigen Partner habe nichts mit der Qualität der erbrachten Dienstleistungen zu tun, betonte Ruedi Fahrni. «Die Angestellten der Caritas Luzern leisten sehr gute Arbeit.» Um das Be-

treuungsangebot selber zu gewährleisten, muss der Kanton 55 Personen engagieren. «Wir schreiben die Stellen aus», sagte Sozialdirektor Graf und fügte an, Mitarbeitende der Caritas sollten sich «unbedingt» bewerben. «Sie haben gute Chancen auf eine Anstellung.»

Die Caritas bedauert den Schritt des Kantons, über den sie am 2. April informiert wurde. «Das stellt uns vor eine grosse Herausforderung», hält sie in einer Medienmitteilung fest. Jetzt müsse sie einen «bedeutenden Abbau der Organisation und des Personals vornehmen». Man hoffe, dass der Kanton seine soziale Verantwortung wahrnehme und «möglichst viele der betroffenen Mitarbeitenden übernimmt». Deren Fachwissen und Erfahrung im Umgang mit Asylsuchenden könne bei der Erfüllung der Aufgaben von grossem Nutzen sein. Auch in Zukunft werde sich die Caritas Luzern für Menschen in Not und für deren Integration engagieren. Geschäftsleiter Thomas Thali: «Wir werden uns weiterhin für eine humane Betreuung der Asylsuchenden einsetzen, auch wenn wir keine direkte Verantwortung mehr für ihre Unterbringung und Betreuung haben.»

Langfristig grosse Herausforderungen

Per Ende März lebten 854 Asylsuchende im Kanton. Dessen Asylzentren sowie die Notunterkünfte in den Zivilschutzanlagen waren zu 70 Prozent ausgelastet. Die Regierung geht davon aus, dass die Kapazitäten bis Ende Sommer reichen. In diesem Zusammenhang richtete Guido Graf ein Kompliment an die Gemeinden: «Sie haben in der aktuellen Notlage grossartig kooperiert.»

Das am Mittwoch vorgestellte Asylkonzept mit einer Zentrumskapazität von 400 bis 500 Betten ist letztlich nicht viel mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein. Dann zumindest, wenn die Schweiz so viele Schutzsuchende aufnimmt, wie das die Präsidentin des Roten Kreuzes, Annemarie Huber-Hotz, jüngst forderte. In Anbetracht der derzeit rekordhohen Flüchtlingsbewegungen sprach sie davon, die Eidgenossenschaft solle 80'000 Menschen aufnehmen. «Für unseren Kanton würde das 4000 Personen bedeuten», rechnete Guido Graf vor. An anderer Stelle war die Rede von 50'000 Flüchtlingen, was für Luzern nach dem aktuellen Verteilschlüssel immer noch 2500 Personen hiesse.

Für solche Zahlen ist das Asylkonzept 2016 nicht ausgelegt. Indes seien sie noch zu wenig konkret, um sich darauf auszurichten, sagte Graf. Zudem fügte er an, als «einfacher Sozialdirektor des Kantons Luzerns» würde er sich ohnehin eine viel umfassendere Lösung wünschen: «Mit festen Verteilquoten für alle Länder Europas.»

Paul Winiker
SVP, Kriens,
Regierungsratskandidat



«Steuerstrategie beibehalten»

Warum gehört die SVP wieder in die Luzerner Exekutive?

Weil die zweitstärkste Partei des Kantons in die Regierungsverantwortung einbezogen werden sollte, zumal wir bei den Kantonsratswahlen erneut zugelegt haben. Es ist ein

NACHGEFRAGT

bewährtes Prinzip, auf allen drei Staatsebenen die wichtigen Parteien an der Regierung zu beteiligen.

Was wäre, wenn Ihnen der Einzug in den Regierungsrat dennoch verwehrt bliebe?

Das wäre eine Enttäuschung für mich und die SVP als Gewinnerin der letzten Wahlen. Zwar hüte ich mich, von einem Anspruch zu reden. Aber zumindest ist die Konkordanz eine bewährte Grundfeste. Bringt jemand eine starke Hausmacht mit, hat er numerisch Anrecht. Wir erreichen die für einen Sitz notwendigen 20 Prozent problemlos, die SP hingegen hat nur die Hälfte davon. In den letzten Jahren vertröstete man uns, wir hätten rechnerisch einen Anspruch, doch müssten wir die richtige Person portieren. Mein Ergebnis im ersten Wahlgang lässt den Schluss zu, dass ich diese richtige Person bin.

Stets ist die Rede von Konkordanz und dem nötigen Einbinden der SVP, kaum aber von Ihrer Politik. Wofür steht Paul Winiker?

Für eine Vorwärtsstrategie. Leben und Arbeiten muss sich lohnen. Der Mittelstand soll entlastet bleiben. Zudem muss der mit der Steuerstrategie eingeschlagene Weg beibehalten werden. Auch trete ich für eine Politik für Stadt und Land ein. Die Stadt braucht das Land und umgekehrt. Ich stehe für einen starken Kanton mit starken Gemeinden.

Auf einer Skala von 1 bis 10. Welche Note geben Sie der Luzerner Finanzpolitik?

Eine 8. Die Regierung hat einiges gut gemacht. Sie hat den Mittelstand entlastet. Auch das Alleinstellungsmerkmal der tiefsten Unternehmenssteuer bewährt sich. Hingegen hätte man beim Leistungsausbau früher auf die Bremsen treten müssen. Man kann nicht auf eine ambitionöse Steuerpolitik setzen und gleichzeitig staatliche Leistungen ausbauen. Bei der Volksschule sowie in den Bereichen Soziales und Gesundheit ist ein Marschhalt nötig. Ich plädiere für eine Konsolidierung, damit nicht wieder Sparpakete geschnürt werden müssen. Eingeleitete Reformen sollen sich setzen, bevor sie mit neuen wieder über den Haufen geworfen werden.

Sie sind in Kriens für die Finanzen zuständig. Würden Sie sich im frei werdenden Justiz- und Sicherheitsdepartement des Kantons wohlfühlen?

Als Betriebswirtschaftler bin ich Generalist. Ich fühle mich nicht nur in den Finanzen zu Hause, habe ich doch in der Vergangenheit mehrheitlich in anderen Bereichen gearbeitet – im Marketing, Verkauf und der Gesamtgeschäftsleitung. Ich traue mir zu, jedes Departement zu leiten. Zum Sicherheitsdepartement habe ich wegen meiner 35-jährigen Tätigkeit als Miliz-Offizier eine Affinität.

David Koller

Weiteres Interview: Felicitas Zoppi (5. Mai). Bereits erschienen: Marcel Scherzmann (28. April).

Grüne nominieren Andreas Hofer



KANTONSRAATSVIZEPRÄSIDIUM

Die Grünen stellen 2016 das Kantonsratspräsidium. Als Ersatz für den am 29. März nicht mehr gewählten Nino Froelicher schlägt die Fraktion den Surseer Kantonsrat Andreas Hofer als Vizepräsidenten vor. Hofer gehört dem Kantonsrat seit 2007 an. Bis im Frühling 2013 war er Mitglied der AKK (Aufsichts- und Kontrollkommission). Seit Juni 2013 ist er die grüne Vertretung in der RUEK (Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie). Ebenfalls seit 2007 nimmt er die Aufgabe als Ersatz-Stimmzähler wahr. Seit vielen Jahren ist er zudem Präsident der grünen Ortsgruppe Sursee. Andreas Hofer ist Berufsfischermeister und Sozialpädagoge HF. Nach einer mehrjährigen beruflichen Tätigkeit als Sozialpädagoge ist er im Sommer 2013 in den Familienbetrieb in Oberkirch zurückgekehrt.

pd/WB

Monitoring der Lebensqualität

SOZIALINDIKATOREN Wie geht es den rund 390'000 Luzernerinnen und Luzernern? Mit den neuen Luzerner Sozialindikatoren können lebensqualitätsrelevante Entwicklungen kontinuierlich beobachtet und bewertet werden.

Die Sozialindikatoren sind ein gemeinsames Projekt von Lustat Statistik Luzern und dem Gesundheits- und Sozialdepartement des Kantons Luzern. Im Mittelpunkt des Luzerner Sozialindikatorenprojekts steht die Lebensqualität im Kanton Luzern. Die Sozialindikatoren sind ein Messinstrument, um die Lebensqualität zu ermitteln und im zeitlichen Verlauf zu beobachten. Die Sozialindikatoren stehen ab sofort auf dem Webportal Lustat online zur Verfügung.

Insgesamt umfasst das Luzerner Sozialindikatorenprojekt 66 Indikatoren, die sich auf acht verschiedene Lebens-

bereiche beziehen: Lebensformen und soziale Netze, Wohnen, Gesundheit, Bildung und Arbeit, finanzielle Situation, Freizeit und Kultur, Sicherheit sowie Umwelt. Zusätzlich vermitteln acht weitere Indikatoren grössere demografische und wirtschaftliche Zusammenhänge, welche die individuellen Lebensbedingungen beeinflussen. Alle Indikatoren zusammen vermitteln ein Bild der Lebensqualität im Kanton Luzern und ihrer Entwicklung.

An der Schnittstelle zwischen öffentlicher Statistik und Politik

Das Sozialindikatorenprojekt steht an der Schnittstelle zwischen öffentlicher Statistik und Politik. Die statistischen Ergebnisse werden mit politischen Zielsetzungen in Verbindung gebracht und im Sinn eines Soll-Ist-Vergleichs bewertet. Das Projekt ist in Kooperation mit dem Gesundheits- und Sozialdepartement des Kantons Luzern erarbeitet worden. Während Lustat Statistik Luzern die wissenschaftlichen Grundlagen des Projekts erarbeitete und die

statistischen Daten analysierte, verantwortet das Gesundheits- und Sozialdepartement die Bewertung der einzelnen Indikatoren.

«Auftrag effizienter erfüllen»

«Mit den Sozialindikatoren steht der Politik und der Verwaltung nun ein ergänzendes Instrument für die Bedarfsanalyse zur Verfügung. Es hilft Kanton und Gemeinden, den gesetzlichen Auftrag noch gezielter und damit schlussendlich auch effizienter zu erfüllen», sagte Regierungsrat Guido Graf gestern Donnerstag anlässlich einer Medienkonferenz. Mit den Sozialindikatoren lasse sich auch die Wirkung von einzelnen Massnahmen messen, sagte Graf. «Im Umfeld der knapper werdenden öffentlichen Finanzen ist das von grosser Bedeutung. Wir können die öffentlichen Mittel nur effizient einsetzen, wenn wir auch die Wirkung, die wir mit den beschlossenen Massnahmen erzielen, periodisch überprüfen.»

www.lustat.ch/indikatorensocialindikatoren